

Quelle: Handelsblatt

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

WIRTSCHAFTSPOLITIK Mit Horormeldungen will uns Krugman das Sparen vermiesen

Josef Joffe

Der selbst ernannte Chefideologe des Weißen Hauses, Paul Krugman, der nebenher noch Nobelpreisträger und Wirtschaftskolumnist der "New York Times" ist, kann es nicht lassen. Erst will er den Deutschen einreden, dass Angela Merkel die geistige Tochter von Heinrich Brüning ist, jenes Kanzlers (1930-32), der mit seiner knochenharten Sparpolitik den "Untergang der Weimarer Republik besiegelt" hätte. Jetzt hat Krugman die letztmögliche Trumpfkarte gezogen. Sie heißt im amerikanischen Sprachgebrauch "The Long Depression".

Diese begann mit dem Börsenkollaps in Wien, löste den Crash in New York aus und schlug dann wieder auf Europa zurück. Unterbrochen von labilen Aufschwüngen, dauerte die "lange Weltwirtschaftskrise" von 1873 bis 1896 und wäre damit die längste aller Zeiten. Und warum droht uns das Remake? Krugman: "Weltweit, zuletzt auf dem fürchterlich entmutigenden G20-Gipfel, fantasieren die Regierungen über Inflation, während doch die echte Gefahr die Deflation ist. Sie wollen die Gürtel enger schnallen, obwohl fehlende Ausgaben das wahre Problem sind."

Es fehlt an "Staatsknete"? Wenn Amerika und England ein Defizit von je elf Prozent des BIP fahren? Deutschland kommt auf knapp sechs, Frankreich auf acht. Sie

wollen wie Brüning und Herbert Hoover die Haushaltslücke auf null bringen? Obama hat versprochen, sein Defizit bis 2013 zu halbieren (was er nicht schaffen wird). London will auf 4,3 Prozent schrumpfen, aber erst in fünf Jahren. Berlin und Paris peilen die drei Prozent des Stabilitätspaktes an.

Krugmans ein und einziger Gott, John Maynard Keynes, wird also nicht verstoßen; Deficit-Spending bleibt das Evangelium auf beiden Seiten des Atlantiks. Und wie steht es um die Deflation? Weiland, nach 1873 und 1929, war nicht nur die Ausgaben-, sondern auch die Geldpolitik deflationär, also krisenverschärfend. Heute warnt die Baseler Bank (BIZ): Es gibt zu viel Geld, und es kostet zu wenig. Zu hohe Defizite und zu niedrige Zinsen könnten auf Dauer die nächste Krise entfesseln.

Massenhafte Liquidität, zwergenhafte Zinsen, hohe Defizite, die zumal in Anglo-Land noch lange Zeit doppelt so hoch sein werden wie das Drei-Prozent-Limit von Maastricht: Das ist purer Keynesianismus und weder Hoover noch Brüning. Und schon gar nicht, wie Krugman wähnt, der "Triumph der Orthodoxie". John Kenneth Galbraith unterstreicht das mit feiner Ironie in seinem Klassiker "The Great Crash 1929". Seitdem "gibt es eine bescheidenes Mehr an wirtschaftlichem Wissen. Einer beginnenden Depression würden

wir nicht mit der verbissenen Entschlossenheit begegnen, alles noch schlimmer zu machen."

So ist es. Und noch etwas anderes kommt hinzu. In der "langen Depression" hatten wir gar keine und in der Weltwirtschaftskrise fast keine "automatischen Stabilisatoren", was ein gehobener Ausdruck für "Wohlfahrtsstaat" ist. Transferleistungen machen etwa ein Drittel des deutschen Inlandsprodukts aus. Darunter Hartz IV, ALG, Elterngeld, Renten ... Abermilliarden, die unabhängig von der Konjunktur fließen. Sie gehen an Bedürftige, Arbeitslose, Pensionäre und erhalten, ganz in Keynes' Sinne, die rettende Kaufkraft.

Weiland beschleunigte sich die Krise selber, heute wird sie an tausend Stellen gebremst. Gott sei Dank auch durch die neue Einsicht, der sich auf dem G20-Gipfel auch Obama nicht verschließen konnte: Geld macht nicht wirklich glücklich. Amerika erwartet für das laufende Fiskaljahr ein Defizit von 1,56 Billionen Dollar. Das sind 220 Milliarden mehr als im Vorjahr. Doch die Arbeitslosigkeit bleibt hartnäckig bei 9,7 Prozent.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und Senior Fellow am Stanford Institute. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com